



KOMMENTAR

# „Aufregung, Missverständnisse und Irritationen“

**So würde ich in aller Kürze die zurückliegenden Wochen beschreiben. Alleine die Diskussionen um den Erfolg oder Misserfolg der Polizeistrukturereform ließ wieder einmal ganz deutlich erkennen, dass es „eigentlich“ gar nicht mehr um das geht, was man sagt, sondern um das, was andere meinen verstanden zu haben.**

## Das grundlegende Problem

Als die GdP verlauten ließ, dass sich mit der Reform das grundlegende Problem der Landespolizei nicht lösen ließe, das in der Diskrepanz zwischen Personal und Belastung bestehe, titelte gleich eine Zeitung: „GdP fordert mehr Personal“. Hätte der Journalist die Formulierung „wünscht sich mehr Personal“ gewählt, wäre das zwar schön, aber immer noch unrealistisch und unseriös. Man kann uns vieles vorwerfen, aber wir sind weder das Eine noch das Andere.

## Aufgaben und Personal

Bei der Diskrepanz zwischen Aufgabe und Personal geht es eben nicht um eine Wertung der Reform, sondern um die langfristige Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit der Landespolizei und dabei insbesondere um ihre aufgabenkritische Betrachtung.

Fakt ist: Wir werden auf Dauer nicht mehr in der Lage sein, alle der Polizei übertragenen Aufgaben mit gleichbleibender Kontinuität und Qualität zu gewährleisten. Deshalb haben wir großen Wert darauf gelegt, dass in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU eine belastungsorientierte Evaluation vereinbart wurde.

Das Ziel der Reform, die Struktur an sich verändernde „... grundlegende Rahmenbedingungen polizeilicher Arbeit und die demografische Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns anzupassen, Stabsstellen in der Landespolizei abzubauen und neuen Kriminalitätsformen wie Internetkriminalität (Cybercrime) zu begegnen, haben wir nie bewertet. Mal ganz davon abgesehen, dass diese ‚Ziel‘-Formulierung von uns stammt und die

Anpassungen auch in anderen Strukturen hätten erfolgen können, ist es heute müßig, über eine Struktur den Stab zu brechen, der der Landtag bereits vor zwei Jahren sein o. k. gegeben hatte. Der GdP war es danach und ist es auch noch heute wichtiger, der Struktur im Interesse der Kolleginnen und Kollegen ihre Ecken und Kanten zu nehmen und sie arbeitsfähig zu gestalten“.

## Mindestgrößen

Auch die Diskussion um Mindestgrößen bediente streckenweise sämtliche Klischees und drohte zeitweilig in die Unsachlichkeit abzugleiten. Nichts anderes bedeutet es, wenn man jenseits von Sach- und Fachverstand Antidiskriminierungsdiskussionen vom Zaune bricht. Aus einer Mindestgröße der Laufbahnverordnung, die außer in Bremen in allen Bundesländern eingeführt wurde, eine Diskriminierung Kleinwüchsiger herzuleiten, ist schon ziemlich fantasievoll. Folgte man der dieser These innewohnenden kruden Logik, würden beispielsweise Legastheniker oder Unsportliche durch die unüberwindbaren Hürden Diktat oder Sporttest diskriminiert werden.

Es ist unstrittig, dass sich bei der Polizei für jeden Menschen und jede seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten ein Arbeitsplatz finden ließe. Der eine ist handwerklich, der Nächste musikalisch, der Übernächste sportlich, .... Aber letztendlich geht es nur um eine Laufbahn und deren Anforderungsprofil. Und das gleicht sich trotz Föderalismusreform in allen Ländern (außer Bremen).

In Mecklenburg-Vorpommern führt der Weg vom Studium über die Bereitschaftspolizei zur Schutzpolizei und in der Regel erst danach zur Kriminalpolizei.



Michael Silkeit

Foto: C. Kettler

Eine Frau mit 160 cm Körpergröße wiegt durchschnittlich 50 kg – die Körperschutzausrüstung im Einsatz bis zu 45 kg. Ich habe wesentlich größere und stärkere Menschen nach 24 Stunden Dienst an den Bahngleisen Gorlebens am Rande der völligen Erschöpfung gesehen. Könnten Mindestgrößen nicht auch ein Ausdruck der Fürsorge sein? Auch die Wahrnehmung von Eingriffsrechten, das Ausüben körperlichen Zwangs stellt erhebliche Anforderungen an die Physis und lässt sich nicht so einfach vom Polizeiberuf trennen. Das gilt aber nicht für Kriminologen, denn die sind in der Regel keine Polizisten.

Ich hoffe, dass sich die Aufregung schnell wieder legt und wir uns endlich mit den richtigen Problemen beschäftigen können.

Euer Michael Silkeit



EINSATZBETREUUNG

# F.C. Hansa Rostock gegen Eintracht Frankfurt, die Gewerkschaft der Polizei wieder – vor Ort – hautnah dabei

**Am 11. 3. 2012 fand in der DKB-Arena in Rostock das Punktspiel der 2. Fußball-Bundesliga zwischen dem F.C. Hansa Rostock und Eintracht Frankfurt statt. Die PI Rostock führte aus diesem Grund einen Polizeieinsatz durch, der nicht nur die Landespolizei M-V mit zahlreichen Einsatzkräften in Anspruch nahm, sondern auch die Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen aus weiteren drei Bundesländern erforderte.**

Aufgrund der Einstufung als Risikospiele waren weit mehr als 1000 Polizeibeamte im Einsatz. Die Gewerkschaft der



Polizei im Landesbezirk M-V ist bei solchen Einsatzlagen regelmäßig vor Ort hautnah bei unseren Kolleginnen und Kollegen dabei, denn hier trifft man nicht nur das Landesbereitschaftspolizeiamt M-V im Gesamtbestand, sondern vielmehr auch hunderte Mitarbeiter der Einsatzeinheiten sowie weitere Mitarbeiter zahlreicher anderer Dienststellen. Insgesamt waren wir wieder mit zwei GdP-Mobilen in Rostock seit den frühen Vormittagsstunden bis nach Spielende unterwegs. Mit frischem Kuchen, Kaffee und Tee an Bord waren wir überall gerne gesehen und herzlich willkommen. Auch bei einer solchen anstrengenden Einsatzlage bleibt immer Zeit für ein kurzes Gespräch, um das Ohr sozusagen „an der Masse“ zu haben. Und dabei werden erfahrungsgemäß nicht nur aktuelle Einsatzfragen mit den GdP-Vertretern diskutiert. Gerne nutzen unsere Einsatzkräfte die Gelegenheit, auf den einen oder anderen Missstand hinzuweisen und um Hilfe und Unterstützung zu bitten. Sportlich verlief die Begegnung leider wieder einmal ernüchternd für unseren F.C. Hansa Rostock.

## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Mai 2012 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 4. 4. 2012. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

**Geschäftsstelle:**  
Platz der Jugend 6  
19053 Schwerin  
Telefon: (03 85) 20 84 18-10  
Telefax: (03 85) 20 84 18-11

**Redaktion:**  
Verantwortlicher Redakteur  
für das Landesjournal  
Mecklenburg-Vorpommern  
Marco Bialecki  
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die  
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

## KREISGRUPPE NORDWESTMECKLENBURG

# Termin vormerken!

**Der 19. Bürger- und Polizeiball der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Nordwestmecklenburg, wird am Samstag, 20. Oktober 2012, in der Tanzschule Wollgast, Philipp-Müller-Straße 44, im „Hanse-Center“ (unter dem Sky-Markt) in Wismar stattfinden.**

Wir haben dort eine Tanzfläche von 200 Quadratmeter Parkett und zwei Bars und als passende Unterhaltung wird die foolproof-band ([www.foolproof-band.de](http://www.foolproof-band.de)) Musik von den 50ern bis heute spielen.

Die Wismarer wird es freuen und Auswärtige haben die Möglichkeit, im nahe gelegenen Hotel Bertramshof für 50 € im

Doppelzimmer mit Frühstück, in der Pension Adler oder im Hotel Schwedenhaus zu übernachten.

Weitere Informationen zum Eintrittspreis und zu Tischreservierungen folgen, wenn wir einen passenden Caterer gefunden haben.

**Uwe Burmeister**  
Kreisgruppenvorsitzender



**KREISGRUPPE ROSTOCK**

**WÜHLMAUS**

**Dank an die Jubilare**

Aus Anlass der 40- und 25-jährigen Gewerkschaftszugehörigkeit überreicht der amtierende Vorsitzende der Kreisgruppe Rostock, Norbert Warnke, unseren Kollegen Eckhard Hoffmann (KPI Rostock), Jörg Plötzki (PP Rostock) und Detlef Kröppelien die Dankesurkunde mit der dazugehörigen Ehrennadel.

25 Jahre – Detlef Kröppelien



40 Jahre – Eckhard Hoffmann



40 Jahre – Jörg Plötzki



**Wie schiet di wat oder Lehrjahre sind keine Herrenjahre**

Habe letztens mal wieder so im Internet gestöbert und ein paar Infos zur FH Güstrow gefunden, die mich schon etwas irritierten. Ich weiß nicht, ob vielen Kolleginnen und Kollegen die Stellungnahme der Fachhochschule zur Kritik der GdP aufgefallen ist. Sehr lesenswert!! Und ganz schön starker Tobak, was man uns da anbietet.

Freiheit der Wissenschaft und Lehre definieren sich bei einigen in Güstrow anscheinend über Hormone und Bauchgefühl.

Schon die Mimositäten, wegen der Auslandsstudienfahrten der Studenten beweisen mir, dass es mit dem Rechtsverständnis Einzelner nicht weit her ist.

So heißt es dort „... aus pädagogisch-didaktischer Sicht betreffend die Entwicklung junger Nachwuchskräfte und zur Schärfung des Blicks für die finanziellen Gegebenheiten und die Einbindung des öffentlichen Dienstes in die Gesellschaft des Landes (...) sieht es die Fachhochschule zur Vermeidung der frühen Ausprägung und Förderung einer Vollversorgungsmentalität und zur besseren Erfassung der Werthaltigkeit der Ausbildung auch als sinnvoll an, von den Studierenden einen Eigenbeitrag zu erwarten.“

Schön lang der Satz – aber was für ein gequirelter Schiet?

Der Verfasser mag theoretisch von Pädagogik und Didaktik etwas verstehen, aber bei der Umsetzung hapert es ganz gehörig. Ich kann überhaupt nichts pädagogisches daran erkennen, wie mit jungen Menschen, die sich als Beamte auf Widerruf in einem ganz besonderen Abhängigkeitsverhältnis befinden, nach Gutsherrenart umgesprungen wird. Auch wenn es dem einen oder anderen nicht passt, es handelt sich dennoch um Beamte, und die haben nicht nur Pflichten sondern auch Rechte.

Die Erstattung von Fahrkosten bei Dienstreisen richtet sich nun einmal nicht nach Bauchgefühl, sondern nach Reisekostenrecht. Das hatte wohl auch das Innenministerium bereits im letzten Jahr erkannt, was aber die Verantwortlichen nicht davon abhielt, sich auch in diesem Jahr an den Studenten abzureagieren. Noch bedenkllicher stimmt mich aber der Teil der Ausführungen, der den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes per se eine Vollversorgungsmentalität unterstellt. Da muss man sich schon ernsthaft fragen, wessen Geistes Kind der Verfasser ist.



Verzichten die Unterzeichner etwa freiwillig auf Dienstwagen und Reisekosten?? Oder ist die Maßnahme wegen ihrer „pädagogisch-didaktischen“ Wirkung nur bei anderen einzusetzen?

Eure Wühlmaus

**HINWEIS**

**Änderungsmitteilung**

**Solltet ihr umgezogen sein – oder eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.**

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)  
Landesbezirk M-V  
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin,  
oder:  
– per Fax an: 03 85-20 84 18-11  
– per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de**



## Seminar mit Kinderbetreuung in Albertsdorf

„Ehrenämter – die Stützen der heutigen Arbeitswelt! Garantie für partnerschaftlichen Umgang!?“

**Mit der Wahl der Personalräte und Gleichstellungsbeauftragten im Dezember 2012 traten viele Kolleginnen und Kollegen ein neues Amt an. Deshalb stand das gut besuchte erste der beiden Frauenseminare mit Kinderbetreuung 2012 folgerichtig unter dem Motto „Ehrenämter – die Stützen der heutigen Arbeitswelt! Garantie für partnerschaftlichen Umgang!?“**

Das Seminar richtete sich hauptsächlich an die Personalrätinnen und Gleichstellungsbeauftragten sowie deren Stellvertreterinnen, aber auch interessierte Kolleginnen waren gern gesehen.

Ziel der Referentinnen Wilma Wäntig, Anne Müller und Johanna Großmann war, den Frauen das nötige Rüstzeug zu geben, ihr Amt mit Kompetenz, Stärke und Leidenschaft auszuüben. Dazu gehörten sowohl die Vermittlung fachlicher Kenntnisse aus dem Gesetz zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Personalvertretungsgesetz M-V als auch praktische Grundlagen der Argumentation, Gesprächsführung und Konfliktlösung. In Rollenspielen konnte das Gelernte gleich angewandt und erfahren werden, wie es sich als Amtsträgerin, Chef oder Kollegin anfühlt. Diese Form des Lernens und Erkennens ist oft sehr emotional, aber bleibt gerade deshalb stark in Erinnerung.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der den Besuch eines solchen Seminars so lohnenswert macht, ist die Möglichkeit, im „geschützten Raum“ gute und tiefgehende Gespräche mit Gleichgesinnten zu

führen. Dabei wird besonderer Wert auf einen vorsichtigen Umgang miteinander gelegt. Jede Frau entscheidet selbst, wie viel Nähe sie zulässt und wie viel sie von sich preisgeben will. In jedem Fall tut es gut zu erfahren, dass keine mit ihren Problemen privat, im Dienst oder im Ehrenamt allein ist.

Angelika Stendera hat sich wie schon so oft liebevoll um die Kinder der teilnehmenden Muttis gekümmert. So konnten sich alle Frauen gut auf sich und die Semi-



narinhalte besinnen, ohne sich Sorgen um Daheim zu machen. Das angenehme Ambiente im schönen Landgut-Hotel Hermann in Albertsdorf bei Bentwisch mit kleinem Schwimmbad und Saunalandschaft, das gute Essen und das



freundliche Personal trugen auch erheblich zum Wohlbefinden bei. Ein Geburtstagsständchen mit Angelika und ihrer Gitarre sowie Anja Wolfs Sohn Yannek und seinem Akkordeon gab es für die kleine Tabita, die am 10. 2. 2012 vier Jahre alt wurde. Sie wird ganz bestimmt nicht vergessen, dass alle Frauen mit ihren Kindern, brennende Wunderkerzen in den Händen, an der Frühstückstafel nur für sie „Happy Birthday“ sangen.

Das nächste Frauenseminar mit Kinderbetreuung wird wie gewohnt zu Beginn der Sommerferien in Waren stattfinden. Eine entsprechende Einladung wird zu gegebener Zeit gesteuert. Informationen erhaltet ihr aber auch von eurem geschäftsführenden Landesfrauenvorstand. Sprecht uns an! *Christina Lindequist*

### KREISGRUPPE LBPA/LPBK M-V

## Glückwunsch an Martha

Am 1. Januar 2012 konnte unsere liebe ehemalige Kollegin und jetzige Vorsitzende der Seniorengruppe, Martha Bandlow, ein außergewöhnliches Jubiläum feiern. An diesem Tage durfte unsere rüstige Pensionärin, die seit mehreren Jahren die Fäden in unserer Seniorengruppe zusammenhält, ihr 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum begehen. Der Vorsitzende der Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei ließ es sich nicht nehmen und gratulierte recht herzlich

auch im Namen der Mitglieder unserer Kreisgruppe. Aus Anlass dieses Jubiläums überreichte er die Jubiläumsurkunde mit Anstecker sowie einen Präsentkorb. Wir wünschen unserer Martha weiterhin die notwendige Energie bei der Organisation und Durchführung der Veranstaltungen für unsere Senioren, viel Gesundheit und persönlich alles Glück dieser Welt.

*Kreisgruppe LBPA/LPBK M-V*



**KREISGRUPPE LKA MECKLENBURG-VORPOMMERN**

# Dienstsporterlass ist unzulänglich

**In einem Schreiben an Innenminister Lorenz Caffier, dem sich später auch der BDK anschloss, schätzte der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe des Landeskriminalamtes, Olaf Hentzsch, den Erlass über Dienstsport in der Landespolizei als unzulänglich ein.**

So stellte die Kreisgruppe beispielsweise fest, dass allgemeine Ballsportarten (Volley-, Hand-, Basket- und Fußball) als Wettkampfsport erlaubt sind, nicht jedoch das darauf vorbereitende Training.

Eine weitere Regelungslücke betrifft die zertifizierten Sportstudios. So fragen sich viele Kolleginnen und Kollegen, warum diese, neben Sportvereinen, nicht für den Dienstsport oder den außerdienstlichen Sport genutzt werden dürfen. Nach Ansicht der Kreisgruppe sind dort ebenso ausgebildete Trainer bzw. Übungsleiter wie auch moderne sportge-

rätetechnische Ausstattungen zur Gewährleistung eines optimalen Trainings vorhanden. Natürlich muss auch hier der Dienstunfallschutz Berücksichtigung finden. Eine Vorreiterrolle hinsichtlich dieser Regelung nimmt das Land Nordrhein-Westfalen ein.

Den Brief findet Ihr im geschlossenen Mitgliederbereich auch unserer Homepage unter [www.gdp.de/MV](http://www.gdp.de/MV).

*Kreisgruppe LKA*



**Was nun? Volleyballmeisterschaften ohne Training?**

**KREISGRUPPE ROSTOCK**

## Beschluss des Erweiterten Kreisgruppenvorstandes

Auf seiner Zusammenkunft am 26. Januar 2012 fasste der Erweiterte Kreisgruppenvorstand der GdP den Beschluss, dass die Geschäftsführung der Kreisgruppe Rostock bis zur Wahl im Jahr 2013 durch die verbliebenen Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes

- Norbert Warnke (Amtierender Vorsitzender)
- Hans-Gerhard Melnik (Stellvertretender Vorsitzender)
- Siegmund Brandt (Kassierer)
- Anne Müller (Schriftführerin)

erfolgen wird. Diese Entscheidung wurde erforderlich, da im Dezember 2011 Kerstin Zille, Torsten Harms und Matthias Bartsch ihren Rücktritt als Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der Kreisgruppe Rostock erklärten.

*Anne Müller*

**ANHÖRUNG IM INNENAUSSCHUSS**

## GdP war Gast im Innenausschuss

**Im Rahmen einer nichtöffentlichen Anhörung beschäftigte sich am 23. 2. 2012 der Innenausschuss des Schweriner Landtages mit der Kritik der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vom 13. 1. 2012 an bestimmten Verfahrensweisen im Zusammenhang mit den Bachelor-Studiengängen.**

Während der Anhörung wurde deutlich, dass die Kritik der Gewerkschaft der Polizei vom 13. 1. 2012 durchaus Substanz hatte, viele Irritationen aber offen-

sichtlich auf fehlende oder mangelhafte Kommunikation zurückzuführen waren. Weitere Informationen kann man unter [www.gdp.de/MV](http://www.gdp.de/MV) nachlesen.

**IN STILLER TRAUER**

+

## Nachruf

Die GdP-Kreisgruppe LBPA/LPBK M-V trauert um

### Polizeioberkommissar Reiner Prochnow

der am 22. Februar 2012 im Alter von nur 58 Jahren verstorben ist.

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von einem aufrichtigen, engagierten und anerkannten Kollegen und Freund.

**Die GdP-Kreisgruppe LBPA/LPBK M-V**



# Schwerbehindertenvertretungen in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern durchgängig gewählt und arbeitsfähig

**Nach der durchgeführten Polizeistrukturereform hat sich die Interessenvertretung der Schwerbehinderten in der Landespolizei M-V an die Vertretungsstruktur der Personalvertretung angeglichen.**

Bis Ende September 2011 wurden die Wahlen in den Polizeipräsidien, Polizei- und Kriminalpolizeiinspektionen abgeschlossen. Im Anschluss fanden die Wahlen der Bezirksschwerbehindertenvertretung der Präsidialbereiche und der Hauptschwerbehindertenvertretung der Landespolizei M-V statt. In den Oberbehörden der Landespolizei gab es keine so größeren Strukturveränderungen, die eine Neuwahl der Schwerbehindertenvertretungen notwendig machten.

Die Vertretung ist jetzt vollständig abgesichert. In einer Tabelle (im Lapis-Netz) sind alle Vertreter und Stellvertreter zu finden.

Die Wahl der Hauptschwerbehindertenvertretung fand im Zusammenhang mit einer erweiterten Schulung aller Vertreter im Schulungshotel in Cambs bei Schwerin statt. Die Schulung war deshalb so wichtig, da viele Schwerbehindertenvertretungen neu gewählt wurden und wenig bis keine Vorkenntnisse vorlagen. Es wurde notwendig, schnellstmöglich arbeitsfähig zu werden.

Die Kenntnisse gesetzlicher Zusammenhänge gepaart mit praktischen Anwendungen sind für die tägliche Arbeit zwingend notwendig. Wir bekamen dafür Unterstützung von Sozialrichtern und Mitarbeitern des Integrationsamtes M-V. Während der Gespräche in den Pausen und am Abend teilten die alten Hasen Ihre Erfahrungen beim Umgang mit Leitern mit.

*„Nicht behindert zu sein ist wahrlich kein Verdienst, sondern ein Geschenk, das jedem von uns jederzeit genommen werden kann. Lassen Sie uns die Behinderten und ihre Angehörigen auf ganz natürliche Weise in unser Leben einbeziehen. Wir wollen ihnen die Gewissheit geben, dass wir zusammengehören.“* (Richard von Weizsäcker, deutscher Politiker, ehem. Bundespräsident).

Aus diesem Grunde sehen wir unser Hauptbetätigungsfeld in der Betreuung der Schwerbehinderten in der Landespolizei.



Beratend werden wir Sie bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Verhinderung und Abwendung von Kündigungen oder frühzeitiger Pensionierung unterstützen. Wir werden nicht stillhalten, wenn es um die Akzeptanz und Einbindung der Interessenvertretung in alle Dingen der Schwerbehinderten geht. Im SGB IX, § 95 (2) heißt es dazu eindeutig: „der Arbeitgeber hat die Schwerbehindertenvertretung in allen Angelegenheiten, die einen einzelnen oder die schwerbehinderten Menschen als Gruppe betreffen, unverzüglich und umfassend zu unterrichten und vor einer Entscheidung anzuhören; er hat ihr die getroffene Entscheidung unverzüglich mitzuteilen.“

Eine Hauptaufgabe, die sich die neue Schwerbehindertenvertretung in der Wahlversammlung vorgenommen hat, ist die Einführung eines einheitlichen Betrieblichen Eingliederungsmanagement (SGB IX §84 [2]), was für alle Beschäftigten, ob schwerbehindert oder nicht, anzuwenden ist. Das gemeinsame Ziel der Dienststelle, des Personalrats, der Gleichstellungsbeauftragten sowie der Schwerbehindertenvertretung ist die Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu erhalten und zu fördern.

Auf dieser Basis wird die Hauptschwerbehindertenvertretung sein Initiativrecht wahrnehmen und gemeinsam mit dem Hauptpersonalrat die Behörde auffordern, für die Durchführung des BEM alle notwendigen Schritte einzuleiten. Ziel ist, im gemeinsamen Dialog Maßnahmen zur Sicherung der Teilhabe am Arbeitsleben festzuschreiben. Bei diesem Prozess werden wir als Interessenvertretung der Schwerbehinderten aktiv mitwirken.

Sinn und Zweck einer dafür notwendigen Dienstvereinbarung ist es, auf Grundlage der Präventionsvorschrift des § 84 Neuntes Sozialgesetzbuch Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen:

- wie Arbeits-/Dienstunfähigkeiten und daraus resultierende Fehlzeiten vorgebeugt, vermieden und, wenn eingetreten, möglichst schnell überwunden werden können,
- wie der Arbeitsplatz erhalten werden kann und welche Instrumente zur Förderung der Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzbar sind,
- wie die Arbeitszufriedenheit und Arbeitsmotivation zu steigern.

**Burkhard Kölzsch**  
*Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern*



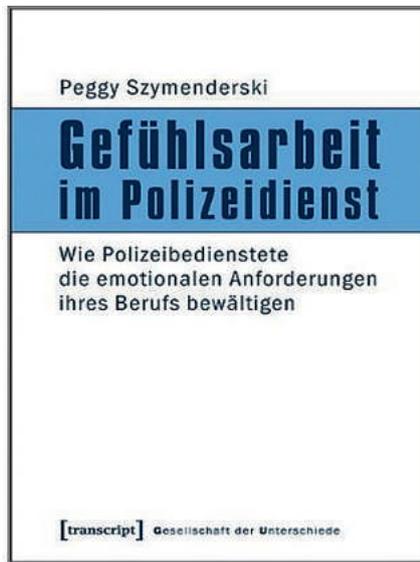
**BUCHVORSTELLUNG**

# „Gefühle sind eine zentrale, aber auch erschöpfliche Ressource“

**Peggy Szymenderski erforschte in ihrer Promotion an der TU Chemnitz die Gefühlsarbeit im Polizeidienst und fordert eine stärkere Thematisierung von Emotionen im Selbstverständnis der Polizei.**

Ob „Stuttgart 21“ oder Castor-Transporte – die Polizei kommt aus den negativen Schlagzeilen kaum noch raus. „Der Umgang mit ungelösten politischen Problemen ist schwierig, denn das Polizeipersonal darf nicht zu viel Härte zeigen, aber auch nicht nachlässig sein“, sagt Dr. Peggy Szymenderski. Die Soziologin hat ihre Promotion an der Technischen Universität Chemnitz verfasst zum Thema „Gefühlsarbeit im Polizeidienst. Eine soziologische Untersuchung der Formen des subjektiven Umgangs mit Gefühlsanforderungen bei der polizeilichen Arbeit“. „Die Studie von Peggy Szymenderski ist eine Pionierarbeit, die erstmalig systematisch auf empirischer Basis die hohen Anforderungen an den Umgang mit Emotionen im Polizeidienst aufzeigt“, schätzt Prof. Dr. G. Günter Voß ein. Der Inhaber der Professur Industrie- und Techniksoziologie an der TU Chemnitz hat die mit „summa cum laude“ bewertete Arbeit betreut. Voß ergänzt: „Emotionwork, also Gefühlsarbeit, ist seit einigen Jahren ein in der Soziologie beachtetes Thema, wird dort aber oft auf die Anforderung reduziert, im Kundenkontakt höflich und nett sein zu müssen. Peggy Szymenderski zeigt demgegenüber, dass ein kompetenter Umgang mit den eigenen Gefühlen wie auch mit den Gefühlen Betroffener in einem ganz anderen Berufsfeld und dort in ganz besonderen Formen mit hohen Anforderungen auftritt, wo man es vielleicht nicht erwarten würde. Die Studie sollte zum Pflichtstoff der Polizeiausbildung gehören.“

„Es ist fraglich, wie lange Polizisten die Belastungen ihres Berufs noch selbst auffangen und bewältigen können, wenn sie keine Unterstützung erhalten. Denn Gefühle sind eine zentrale, aber auch endliche und erschöpfliche Ressource“, sagt Szymenderski. Da die Gefühlsarbeit unsichtbar sei, werde diese Leistung der Polizisten nicht wahrgenommen. „Stattdessen werden den Polizeibediensteten immer vielfältigere Aufgaben übertragen bei gleichzeitiger Reduktion des Personals“, berichtet die Chemnitzer Soziologin. „Gefühlsarbeit ist ein Kernbereich



**Peggy Szymenderski: Gefühlsarbeit im Polizeidienst. Bielefeld: transcript 2012**

polizeilicher Arbeit“, fasst Szymenderski das Ergebnis ihrer Untersuchung zusammen, das im transcript-Verlag erschienen ist.

Für die hohe emotionale Belastung von Polizisten benennt Szymenderski in der Studie drei Hauptgründe: extrem belastende Einsatzsituationen, divergierende Anforderungen an die emotionale Selbstdarstellung der Polizisten von Seiten der Polizeibehörde einerseits und dem Bürger andererseits in Interaktionssituationen sowie die Arbeit im Spannungsfeld widersprüchlicher Interessen von Polizeibehörde, -publikum und -personal, das in der Verwaltungsforschung als bürokratisches Trilemma bezeichnet wird. „In Konfrontation mit diesen Belastungen können die tatsächlich erlebten Gefühle der Polizeibediensteten in Widerspruch zu den geforderten Gefühlen geraten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Arbeit mit den eigenen Emotionen“, sagt Szymenderski, die das Hauptaugenmerk ihrer Doktorarbeit auf die Unterscheidung verschiedener Typen des Umgangs mit diesen emotionalen Ar-

beitsanforderungen gelegt hat. Dazu hat sie ausführliche Interviews mit 43 Polizeibediensteten eines ostdeutschen Bundeslandes geführt, darunter 26 Polizisten und 17 Polizistinnen, und unterscheidet fünf Typen.

## Der Umgang mit Emotionen – eine Frage des Typs

Der erste Typ sind die „Verlagerer“. Sie blenden im konkreten Einsatz Gefühle aus, sowohl die eigenen als auch die anderer Personen. Die Verarbeitung der Emotionen verlagern sie ins Private, sie bewältigen ihre Belastungen nachträglich. Die Familie ist für diese Polizisten besonders wichtig, allerdings ist die Übertragung des dienstlichen Erlebens ins Privatleben nicht unproblematisch, da sie das individuelle Belastungserleben verstärken kann. Zur Gruppe der Verlagerer zählen vor allem Männer, häufig sind es Vorgesetzte.

Als zweiten Typ nennt die Studie die „Abwehrer“. Sie versuchen, Emotionen an sich abprallen zu lassen und distanzieren sich von den dienstlichen Ereignissen, indem sie sie entwerten, verharmlosen oder normalisieren. Im Laufe der beruflichen Erfahrung automatisieren sie diese Herangehensweise durch Entwicklung einer „dicken Haut“. Auch das hat Konsequenzen für das Privatleben, da die Polizisten dort den gleichen, aber dann unpassenden Gefühlsregeln folgen wie im Dienst. Abwehrer finden sich vor allem dort, wo die emotionale Belastung kontinuierlich hoch ist – etwa in der Mordkommission und in der Unfallbereitschaft.

Der dritte Typ sind die „Oszillierer“, die versuchen, den unterschiedlichen Interessen von Polizeibehörde und -publikum sowie den eigenen beruflichen Ansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden. Sie sind weder distanziert, noch identifizieren sie sich zu stark mit ihrem polizeilichen Gegenüber, sie tarieren ständig aus zwischen eigenem Wohlbefinden und



beruflichen Anforderungen, zwischen emotionaler Anteilnahme und professioneller Distanz. Gelingt ihnen dies nicht, nutzen sie das Privatleben, um belastende Emotionen mit positiven auszugleichen.

Den vierten Typ benennt die Studie als „Stoiker“. Anders als bei den ersten drei Typen, die ihr Verhalten in der konkreten Belastungssituation erarbeiten, findet bei ihm die Auseinandersetzung mit potenziellen Belastungen bereits bei der Wahl des Berufs statt. Stoiker bezeichnen das Erleben belastender Ereignisse als Berufsrisiko. Widerstandsfähigkeit und Härte sind für sie zentralen Eigenschaften, um belastende Emotionen wegzustecken. Die fehlende Auseinandersetzung mit den Emotionen kann zu Misstrauen, Distanziertheit und Zynismus führen. Zu diesem Typ gehörten in der Befragung ausschließlich Streifenbeamte.

Zwei der Befragten zählt Szymenderski in ihrer Studie zum fünften Typ, den „diffus Reagierenden“. Sie gebrauchen viele verschiedene Strategien, finden aber letztlich keine geeignete Form für den Umgang mit belastenden Emotionen.

Aus den Ergebnissen der Untersuchung leitet Szymenderski ab, dass „polizeiliche Arbeit nicht ohne die emotionalen Leistungen des Polizeipersonals funktioniert.“ Sie fordert: „Die Thematisierung von Gefühlen, emotionalen Belastungen und individuellem Entlastungsbedarf sind als wesentliche Bestandteile in das professionelle Selbstverständnis der Polizei zu integrieren. Vor dem Hintergrund steigender beruflicher Anforderungen, sinkenden Personals und eines drohenden Imageverlusts der Polizei muss sich gerade jetzt verstärkt darum bemüht werden.“

Szymenderski, Peggy (2012):  
Gefühlsarbeit im Polizeidienst. Wie Polizeibedienstete die emotionalen Anforderungen ihres Berufs bewältigen. Bielefeld: transcript.

Februar 2012, 454 S., kart., 36,80 €, ISBN 978-3-8376-1978-2

## Zur Person: Peggy Szymenderski



Peggy Szymenderski

Foto: Bildarchiv der Pressestelle TU Chemnitz/Wolfgang Schmidt

- 1978 – geboren in Karl-Marx-Stadt (jetzt Chemnitz)
- 1997 – Abitur am Sportgymnasium Chemnitz
- 1997 bis 2003: Studium der Soziologie (mit Psychologie und Öffentlichem Recht) an der Technischen Universität Chemnitz (Abschluss: Diplom-Soziologin)
- 2000 bis 2003: Studentische Hilfskraft an der TU Chemnitz, Professur für Industrie- und Techniksoziologie, Projekt „Dienstleistung als Interaktion“
- 2003 bis 2005: erst Stipendiatin, später wissenschaftliche Hilfskraft am Deutschen Jugendinstitut München, Abteilung Familie und Familienpolitik
- 2006 bis 2008: wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Chemnitz, Professur für Industrie- und Techniksoziologie, Projekt „Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie“

### Langfristige Arbeitsthemen:

- + Arbeitssoziologie
- + Familiensoziologie
- + Arbeit und Leben / Alltägliche Lebensführung
- + Soziologie der Emotionen
- + Polizeiforschung
- + Familien- und Gleichstellungspolitik

### Aktuelle Forschungsschwerpunkte

- + Polizeiarbeit
- + Gefühlsarbeit
- + Innovative Verwaltungsarbeit

Persönliche Leitlinien der eigenen Arbeit „Wir müssen unbedingt Raum für Zweifel lassen, sonst gibt es keinen Fortschritt, kein Dazulernen. Man kann nichts Neues herausfinden, wenn man nicht vorher eine Frage stellt. Und um zu fragen, bedarf es des Zweifelns.“ Die Soziologie muss ihren Beitrag zur „Gestaltung“ von Gesellschaft leisten.

Weitere Informationen erteilt Dr. Peggy Szymenderski per E-Mail:

peggy.szymenderski@phil.tu-chemnitz.de oder unter: [www.peggy.szymenderski.de](http://www.peggy.szymenderski.de)

